

Zeitung

Fünfundfünfziger Jahrgang.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
23.50 Mk., durch die Post monatlich
8.25 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk.
einmalige Anzeigenpreise: Ver-
teilerungen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Am
anfang, Zeitungsverzeichnis unter
Zeitung eingetragen. Für
Veränderung eingegangene Anwen-
dungen wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Samstagsausgaben 40 Pf., Resten
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erfüllungsort
Halle. Erstausgabe täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schiffahrt und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a. Dr. Braubauer, 17.
Leben-Geschäftsstellen: Große
Weichstraße 52 und Markt 24.
Druckerei-Kontak Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 450.

Halle, Montag, den 26. September 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Polnische Abenteuerpolitik.

Während man sich in Deutschland angesichts der Mög-
lichkeit neuer Regierungsabänderungen im Reich und in Preu-
ßen den Kopf über ungelagte Eier zerbricht, womit ein
unverantwortliches Kesseltreiben gegen den Reichs-
kanzler Hand in Hand geht, hat sich die öffentliche
Anerkennung über unsere innerpolitischen Sorgen von
Dingen ablenken lassen, die in höchster Weise unsere
Beachtung verdienen. Ueber den schändlichen Wort-
bruch Frankreichs gegenüber der Aufhebung der
Sanktionen ist zwar Lärm geschlagen worden, jetzt aber
schweigen alle Mägen; die oberste Frage ist im
Völkerbundsrate so gut begraben, daß kaum mehr ein
Haar danach trägt, und Polen, das infolge seiner Grenz-
nachbarschaft mit uns und der intimen und tatkräftigen
Unterstützung, die ihm Frankreich angedeihen läßt, für
uns immer ein Gegenstand besonderen Interesses, be-
sonderer Sorge bleiben wird, rüft sich zu einem neuen
Abenteuer, das leicht einen Krieg mit Sowjetruß-
land zur Folge haben kann.

Am 14. September hat der polnische Gesandte in
Moskau dem russischen Volkskommissar Tschitscherin eine
Verbalnote überreicht, in der die polnische Regierung fest-
stellt, daß die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bis-
her in keiner Weise erfüllt habe, und folgende Forderungen
erhebt: 1. Entlassung aller Gefangenen und Geiseln und
Erfüllung der Bestimmungen über die Reparaturen, 2.
Erfüllung der ersten Rate der im Vertrage vorgesehenen
Zahlungen, 3. sofortiger Zusammentritt der Restitutions-
kommission und Einstellung der Verschleppung polnischer
Eigentums. Die Erfüllung dieser Forderungen wurde bis
spätestens zum 1. Oktober verlangt mit dem Hinweis,
daß die Verantwortung für einen Abbruch der diploma-
tischen Beziehungen allein die russische Regierung zu tragen
habe. Diese scharfe Drohung genigte den Polen aber
noch nicht, denn am 21. September überreichte der pol-
nische Geschäftsträger ein Ultimatum, daß die Forderungen
jener Note wiederholt und am 1. Oktober mit der Drohung
des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen
abläuft. Die russische Antwort auf diese Note greift
auf eine Weise die Tätigkeit der russischen Gegenrevo-
lutionäre auf polnischem Boden behandelt worden war,
und hält die damals erhobenen Klagen aufrecht. Sie er-
klärt, daß die Samintowischen Organisationen in eng-
sten Beziehungen mit polnischen Militärschleichen stehen,
und wiederholt die Forderung ihrer Ausweisung aus Polen.
So liegen die Dinge und die Möglichkeit scheint nicht
ausgeschlossen, daß es in der Tat am 1. Oktober zu
einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen
den beiden Staaten kommt. Kriegserische Zusammenstöße
würden freilich nicht so rasch zu erwarten sein, da beide
Parteien viel zu schwach dazu sind. Wohl aber liegen
jetzt schon Meldungen von polnischen Truppen-
verschiebungen nach der russischen Grenze
vor, während andererseits von einer Rede Trojtsch berich-
tet wird, der erklärte, die Begeisterung der russischen
Armee, sei angesichts der imperialistischen Ziele Frank-
reichs und Polens gewachsen und der Enthusiasmus der
Soldaten so groß, daß sie immer nur fragten, wann es
losgehe.

Wie man sieht, sind es nicht eben welterschütternde
Dinge, die hier knirschig zu einem Kriege angeputzt wer-
den, um so weniger, als die beiderseitigen Forderungen
nicht eben neuesten Datums sind und umgekehrt auch
Polen schon im Juli sich in Moskau darüber besdewert
hatte, daß die Sowjetregierung in Polen Aktionen unter-
stüge, die die Untergrabung der polnischen Regierung
und die Herbeiführung des kommunistischen
Umsturzes bezwecken. Man wird ruhig annehmen dür-
fen, daß in dieser Hinsicht in der Tat beide Parteien sich
kaum etwas vorzumerken haben werden. Bei allem pol-
nischen Lebermut und Großmannsdünkel ist aber doch
nicht ohne weiteres glaubhaft, daß der scharfe Schritt
der polnischen Regierung auf ihren eigenen Wunsch und
Willen zurückzuführen ist. Der polnische Staat hat inter-
politisch mit so ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen,
daß es ihm schwerlich gefallen wird, sie durch außenpoli-
tische zu vermehren und einen Krieg als Hilfsleiter dazu
zu benutzen. Vor kurzem er ist hat Polen einen schweren
Eisenbahnstreik durchgemacht, die kaum beendete
Regierungskrise war nahe daran, zu einer Staatsst-
re zu werden und über die „polnische Wirtschaft“ braucht
man ja heute kein Wort mehr zu verlieren. Es genügt,
darauf hinzuweisen, daß der polnische Staat eine innere
Schuld von 150 Milliarden Polennark und eine äußere
von drei Milliarden französischer Franken, das sind beim
jetzigen Kursstande über 500 Milliarden Polennark hat.
Bekanntlich war die jüngste Krise eine Finanzkrise, aber
auch die neue Regierung hat gar keine Aussicht, die ge-
plante Sanierung der Staatsfinanzen und eine Stabilis-
ierung der Währung durchzuführen zu können.

So wird man kaum zu viel sagen, wenn man den
Schritt Polens gegen Anstalt auf französischem Grund
zurückführt. Nach dem französisch-polnischen Geheimvertrag
ist Polen verpflichtet, ein Heer von 600 000 Mann zu
unterhalten, das Frankreich, nur offenbar für seine
Zwecke zu benutzen gedenkt. Der Augenblick, da die Not
des russischen Volkes durch die Hungertatropfen aufs
höchste gestiegen ist, scheint Frankreich günstig, um die
Vollstweihenherhaftigkeit zu führen. Denn der französische
Imperialismus ist unerfährlich und kümmert sich nicht
darum, daß jeder neue Krieg nicht nur für die betroffenen
Länder, sondern für die ganze Welt ein Unglück ist. Die
Wiederaufnahme und Wiederherstellung der weltwirtschaft-
lichen Beziehungen ist heute die wichtigste Forderung,
wenn Europa aus dem drohenden Chaos sich retten will.
Nicht zuletzt für Polen selbst. Deshalb möchte man hoffen,
daß die polnische Regierung noch rechtzeitig zur Be-
tinnung komme und der drohende Krieg vermieden werde.

Für die Opfer von Oppau!

Eine Katastrophe, wie sie in Deutschland noch nicht
erlebt wurde, hat in der bayerischen Rheinpfalz Hunderte
von Menschenleben vernichtet, Tausende obdachlos gemacht
und unermessliche Wirtschaftsschäden verursacht.

Noch ist zwar die Wirkung des Unglücks in allen
seinen Folgen nicht absehbar! Aber eines ist schon jetzt
erichtlich: Mitleidensanstrengungen sind notwendig, um aus-
reichende Hilfe zu bringen. Weit über 1000 Tote und
Schwerverwundete sind neben zahlreichen Leichtverletzten
ein Opfer der Explosion geworden.

Kann auch den Kindern und Frauen, die das Schick-
sal zu Witwen und Waisen gemacht hat, der Ernährer
nicht wiedergegeben werden, vermag auch keine noch so
weitreichende Hilfe den obdachlos Gewordenen ihr altes
Heim wiedergeben, so gilt es doch, in Zusammenfassung
auch hilfsbereiten Kräfte Deutschlands Mittel und Wege
zu finden, um rasche und möglichst nachhaltige Hilfe zu
gewähren.

Ungeheure Summen wird die Wiederherstellung des
betroffenen Wertes und seiner Arbeitsfähigkeit im In-
teresse der deutschen Volkswirtschaft erfordern. Diese Sum-
men anzubringen betrachtet das Werk als seine selbstver-
ständliche Aufgabe. Darüber hinaus aber werden große
Beträge zur Behebung des außerhalb des Werks ange-
richteten Schadens erforderlich sein. Bereits sind aus
öffentlichen und privaten Mitteln umfangreiche Sum-
men zur Verfügung gestellt und Maßnahmen zur ein-
seitigen dringlichen Hilfe getroffen. Soll aber volle und
nachhaltige Hilfe gebracht werden, so gilt es, weitere
große Mittel aufzubringen.

Die Unterzeichneter richten deshalb an das gesamte
deutsche Volk in Stadt und Land die Bitte:

Gibt reich und gebt reichlich für die
Opfer des Oppauer Unglücks!

Ueber die eingehenden Beträge verfügt der unterzeich-
nete Reichshilfsausschuß. Er überweist sie nach Bedarf
den öffentlichen Hilfsanstalten der betroffenen Länder,
in denen alle Beteiligten, auch die Vertreter der Geschädig-
ten, mitarbeiten.

Spenden nehmen entgegen: die Reichsbank, sämtliche
Banken, Postanstalten sowie die Volksbankkonten Ludwig-
shafen Nr. 15 000, Frankfurt a. M. Nr. 55 000 und Ber-
lin Nr. 117 000 (Reichshilfsausschuß für Oppau).

Ebert, Reichspräsident.

Graf Lerchenfeld, Bayer. Ministerpräsident.

Frank, Badischer Staatspräsident.

Ulrich, Hessischer Staats- und Ministerpräsident.

Dr. Wirth, Reichsminister.

Löbe, Präsident des Deutschen Reichstages.

Neue Verschleppung der oberschlesischen Entschädigung.

In Genf ist man in der ober-schlesischen Frage noch
immer nicht über die Vorurteile hinausgekommen. Alle
optimistischen Meldungen der letzten Tage werden aber
jetzt gänzlich widerlegt durch eine französische Zeitungs-
mitteilung, wonach der Völkerbundrat doch noch eine

Zachverhandlungskommission nach Ober-schlesien entsenden
wird, und durch eine englische Meldung, der zufolge ein
Vorschlag besteht, daß eine neue Abmachung in
D. Berichten hat stattfinden solle. Die Begründung, die
dem letzteren Vorschlag gegeben wird, hat allerdings etwas
für sich. Es heißt, daß die Stimmung unter der ober-
schlesischen Bevölkerung gegen eine Lösung der Berichts-
immer härter werde. Das ist durchaus richtig, aber alle-
kommt darauf an, daß aus dieser Stimmung, die Entente
die richtigen Schlüsse zieht.

Endlich!

England und Frankreich sind nun übereingekommen,
in der Form einer Note an Deutschland, die Rheinlande
und die sonstigen wirtschaftlichen Sank-
tionen aufzuheben. Man hat sich geeinigt, daß alle
Meinungsverschiedenheiten in dem neuen Kontrollaus-
schuß für Woll- und Einfuhr innerhalb der Entente beigelegt
werden sollen. Deutschlands Zustimmung zu diesem Aus-
schuß ist erpreht worden. Man stellte uns einfach vor die
Frage, ob wir der Abgrenzung der Rheinlande weiter
zuziehen oder aber in die Errichtung des Ausschusses
willigen wollen. Der ganze Gewaltakt ist wieder ein
nichts würdiger Versuch des Friedensver-
trages!

Der Vertrag von Versailles enthält kein Wort über
die Errichtung eines solchen Ausschusses, der Deutschland
jederzeit mit auswärtigen Waren über-schweben
kann. Wenn Deutschland demnach am Ende seiner Lei-
stungskraft angekommen sein wird, wenn es seine Zah-
lungsfähigkeit erklären muß, so dürfen wir die Militä-
ren darauf hinweisen, daß sie die Schläge geschaffen und
zugezogen haben, mit der man Deutschland erzwirgt hat.
Wann wird die Stimme der wenigen Vernünftigen wie
Kempes in England und Callaux in Frankreich gehört
werden? Will man wirklich warten, bis man sich selber
auch jede Schmutzmöglichkeit zumute gemacht hat?

Auch Litauen gegen die Völkerbundscheidung.

Kowno, 24. Sept.

Die litauische T.-A. meldet:
Gestern wurde die Debatte über die Interpellation
der Sozialisten bezüglich der litauisch-polnischen
Verhandlungen beendet. Mit 37 gegen 34 Stim-
men wurde folgende Resolution der christlichen Demo-
kraten angenommen:

1. Das Hymans - Projekt vom 3. September
ist für Litauen unannehmbar.

2. Bei der Festlegung der Beziehungen zu Polen kann
Litauen nicht Bedingungen annehmen, die direkt oder in-
direkt Litauens Souveränität beschränken würden.

Gegen die Resolution stimmten die Volks-Sozialisten,
Sozialdemokraten und Juden. Die litauische Regierung
hält sich an ihren Gegenvorschlag.

Lerchenfeld in Berlin.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld
stattete Sonnabend vormittag dem Reichspräsidenten und da-
rauf dem Reichskanzler einen Besuch ab. Im Anschluß an
die Besuche wurde die Verhandlungen über die zwischen dem
Reich und Bayern schwebenden Fragen über den Ausnahme-
zustand und die Verordnung des Reichspräsidenten vom
29. August 1921, beim Reichskanzler aufgenommen. Die Ver-
handlungen, an denen auch der Reichsminister des Innern
und der bayerische Minister des Innern teilnahmen, wurden
im Geiste der Verständigung und des Ausgleichs geführt. Ueber
die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wurde von
den bayerischen Vertretern vornehmlich auf die Schwierigkeit
der innerpolitischen Lage Bayerns und auf die Wichtigkeit
einer Putschsache hingewiesen. Nach längeren Beratun-
gen einigte man sich, daß die Reichsregierung dem Grafen
Lerchenfeld eine kurze Frist zur Konsoziation der inner-
bayerischen Verhältnisse zugestand, nach deren Ablauf der
Ausnahmezustand in Bayern von der bayerischen Regierung
selbst beseitigt werden soll. Die bayerische Delegation wird
sich unterzüglich mit dem bayerischen Ministerialrat und den
zuständigen Stellen des bayerischen Landtages in Verbindung
setzen, um sich über das Ergebnis der Verhandlungen entgeltlich
zu verständigen. Der Reichskanzler wird am Mittwoch im
Reichstag von dem Ergebnis der Verhandlungen Mitteilung
machen.

Der bayerische Ministerpräsident folgte dann einer Ein-
ladung des Reichspräsidenten zum Frühstück, an welchem
auch der Reichskanzler Dr. Wirth, der Preussische
Ministerpräsident Dr. Heber, die Reichsminister Dr.
Folien und Dr. Gradnauer, sowie der bayerische Ge-
sandte von Wege und der Wittensberger Gesandte
Sibbenstand teilnahmen. Am Sonnabend abend sind
Reichspräsident Ebert und Ministerpräsident Lerchenfeld,
begleitet vom bayerischen Handelsminister Baum und Minis-
terialdirektor Dr. Wehner, nach Ludwigschloß gereist, um an der
Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe teil-
zunehmen.

Reibereien an der albanischen Grenze.

Rom, 24. Sept.

Wie „Giornale d'Italia“ aus Salona meldet, ereignen am Montag ein südländischer Offizier an der albanischen Grenze, der einem albanischen Offizier das Ultimatum stellte, die Stellungen am Fluße Drina innerhalb von 24 Stunden zu räumen. Der albanische Offizier überantwortete das Ultimatum der Regierung in Tirana, die beim Völkerbund telegraphischen Protest erhob. Nach Ablauf der 24 Stunden besetzten die südländischen Truppen nach erneueter Bestätigung die Stadt Arzrag (?) und ihre Umgebung. Unter der Bedrohung herrscht große Erregung über diesen Sachverhalt. Die Regierung von Tirana hat wieder mit der Einberufung der Beschäftigten und Anwerbung von Freiwilligen begonnen.

Nationale Demonstration in Venedig.

Ein Zwischenfall in Venedig.

Über Demonstrationen gegen die französische Militärkommission in Venedig berichtet die „Morgen-Presse“ in Rom. Danach wurden, als die Mission die Marcuskirche besuchte, Rufe laut: Hoch Italien! Wieder mit Frankreich! Als die Franzosen bei der Kirchenbesichtigung den verhörmten Turm aufstiegen wollten, durchbrach die Menge den Schutzzaun, trennte die einzelnen Missionärsmitglieder voneinander und schrie und rief in höchster Erregung aus: Das ist ungewöhnlich! Warum tut ihr das? Hört sofort auf! — Als der Kommandeur Barzere von einem jungen Demonstranten erkannt wurde, rief man ihm unmittelbar ins Gesicht: Hoch Italien, wieder mit Frankreich! Daraufhin packte Barzere einen der Demonstranten beim Kragen und hielt ihn fest. Die herbeigeeilten französischen Offiziere baten, doch nicht die Haltung zu verlieren. Daraufhin befiel General Grenani die Sanjonio Loggia und besahnte die Menge, die Gehebe der Gasse in Richtung auf den Turm zu den Kathedralen drohte überdies mit Rücktritt für den Fall, daß die Kundgebung nicht aufhöre. Am Abend mußte das Konzert auf dem Marcusplatz wieder abgebrochen werden, weil die Menge die Marschälle ausstieß und eine Kaskadentruppe eigene Wesen spielen wollte. Der Platz wurde schließlich polizeilich gesäubert. — Die französische Mission ist gestern früh abgereist.

Trauerfeier für die Opfer von Oppau.

Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen, etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim, und der Pfalz und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten, des badiischen Staatspräsidenten, des Präsidenten des bayerischen Landtages und Vertretern zahlreicher Behörden und Organisationen wurde am Sonntag auf dem Ludwigshafener Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Negé als Beauftragter der Interalliierten Rheinlandkommission, und General Drogand als Beauftragter des Militärattachés General Regoutte vertreten, welche beide in vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier aus den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten gerichteten Ansprachen in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes. Es beschiede wohlwund, daß am Grab der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetzt. In gleicher Weise dankte der bayerische Staatspräsident. Bei der Trauerfeier hielten sodann Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, der Arbeiterschaft und der Direktion des Werkes, der badiische Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtages, der Regierungspräsident der Pfalz und der Oberbürgermeister von Mannheim Ansprachen. Die von Musik und Gesang eingeleitete und geschlossene Feier verlief würdig und eindrudsvoll.

Der Ehrenfriedhof war zu einer schönen Anlage umgewandelt. In seiner Mitte erhob sich ein Kreuz aus Tannenzweigen und Blumen als ein weithin sichtbares Symbol, daß ein großes Leid hier der Erde anvertraut wurde. Für die Feier war inmitten dunklen Grün eine schwarz umrandete Rednertribüne errichtet worden. Um das große Biered des abgeperrten Friedhofs drängte sich hoch früh die Menschenmenge. An der Grabstätte hatten die Angehörigen der Toten in tiefer Trauer auf den Beginn. Eine von allem Todtlichen losgelassene lagende und tröstende Trauerfeier eröffnete die Feier. Das Gedächtnis sämtlicher Kirchenglieder grüßte von der Stadt herüber.

Oberts Red.

Mannheim, 28. Sept. Bei der heutigen Beisetzung der Opfer der Katastrophe in Oppau hielt der Reichspräsident folgende Rede:
In dieser Ehrfurcht gebieten Sie heute am Orte der großen Katastrophe, die in der Morgenstunde des 21. Septembers ganz Oppau in Schrecken und Aufregung versetzt hat, einer Katastrophe, wie sie die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen hatte. Mit schmerzhaftem Herzen betrauern wir heute den Tod so vieler pflichttreuer Arbeiter, die dem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen sind, belügen wir die bei dem Unglück verlebten Männer und Frauen, deren Qualen und Schmerzen wir mit empfinden. Gemaltig ist die Zahl der Toten und Verwundeten. Es ist mir ein dringendes Herzensbedürfnis gewesen zur heutigen Feier teilnehmender Trauer hierher zu kommen und den Hinterbliebenen, den Verwundeten und Beschädigten aus von dieser Stelle aus nochmals die innigste Anteilnahme der Reichsregierung und, wie ich sagen darf, des gesamten deutschen Volkes an ihrem Unglück auszusprechen. Sie dürfen abergläubig sein, daß die weitesten Kreise Deutschlands mit den Hinterbliebenen der Toten und den zahlreichen Verlebten herzlichste Teilnahme empfinden. Auch weil über die Grenze des Reiches hinaus hat das Unglück überaus viele Anteilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind

Berichtsundgebungen und Zeichen hilfsbereiter Weltanschauung eingelaufen, die uns wohlwund begrüßt haben und für die ich hier nochmals Gelegenheit nehme zu danken. Ehrliches Mitgefühl bezeugt sich nicht auf Worte, gleich nach dem Unglück hat sich überall menschenfreundliche und brüderliche Hilfe gezeigt, Reichshebden und Staat, Kommunalverwaltungen, Organisationen, individuelle und finanzielle Unternehmungen. Die einzelnen Mitbürger in Stadt und Land haben bereits erhebliche Beiträge zur Abwendung materieller Not aufgebracht. Eine Hilfsaktion größten Umfanges hat begonnen, und wir dürfen hoffen, daß es uns gelingen wird, den so schwer vom Unglück Betroffenen die Sorgen um das tägliche Leben abzunehmen. Soeben eröffnete Damen und Herren! In die Stätte blühender Arbeit, in die Mutterarbeit deutschen Unternehmungsgelotes und deutschen Arbeitswillens sind uns unbekante Kräfte der Zerstörung mit elementarer Wucht eingebracht, das zerstörende, was Erfindungsgeist in jahrelanger Arbeit errichtet haben. Hart ist das Gefühl und doch wird es uns nicht lähmen in unserem Entschluß das Zerstörte wieder aufzubauen. Wie wir hier trotz des Waltens starker Mächte unerschütterlich fortwähren an das Werk gehen werden, was heute hier in Trümmern liegt, morgen wieder aufzubauen, so wollen wir auch im ganzen Welt, im ganzen deutschen Reich fortwähren, mit festen Willen und harter Arbeit alle produktiven Kräfte unserer wirtschaftlichen Lebens wieder aufzubauen und trotz der harten Schwierigkeiten, die uns wie kaum ein Volk zuvor in der Weltgeschichte getroffen haben, schaffensfreudig uns eine bessere Zukunft erarbeiten!

Inbegründete Gründe.

Im Orte Oppau treten jüngst Gründe auf, wonach sich unter den Trümmern noch Lebende befinden sollten. Man wollte sogar wissen, daß Klappgehegen zu hören seien. Ferner wurde geäußert, daß den Eingekerkerten durch Röhren Sauerstoff und Nahrungsmittel zugeführt würden. Da sich das Gerücht mit großer Hartnäckigkeit behauptete, sah sich die Mannheimer Feuerwehr kurz vor ihrem Abbrücken veranlaßt, den Gerüchten nachzugehen. Es stellte sich, wie die Neue Badiſche Landeszeitung zu melden weiß, einwandfrei heraus, daß im Dorfe Oppau keinesfalls Überlebende unter den Trümmern sich befinden. Eine solche Möglichkeit für die Fabrikanlagen selbst wird von der Leitung der Fabrik auf das Bestimmteste in Abrede gestellt.
Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der seitens der Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist von 69 auf 90 gestiegen.
Der Reichspräsident stattete den Verlebten in den Ludwigshafener und Mannheimer Krankenhäusern Besuche ab.

Explosionen.

Frankfurt a. M., 24. Sept.

Die Höchster Farbwerke und die Kumpfel- und Fabrik in Hesterbach haben ihre Werke heute geschlossen und sämtliche Arbeiter freigelassen. Die Schließung der Werke ist auf Demonstrationen der Arbeiterschaft zurückzuführen, die am Donnerstag in Höchst am Main und am Freitag in Hesterbach stattfanden. In ihrem Verlauf wurden die Direktoren der Werke zu tarifwidrigen Zugehändnissen gezwungen. Der Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie hat den Firmen die Durchführung der Forderungen und daher nötigen Forderungen unterlag.
Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie teilt ferner mit, daß die in der Tagespresse veröffentlichten Vorgänge und Verhältnisse nunmehr auch die chemische Fabrik Grisehim in Elektrun veranlaßt haben, die technischen Betriebe ihres Werkes in Grisehim unter streifender Entlastung ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen zu schließen.

Wieder eine französische Protestnote.

„Journal des Debats“ teilt mit, daß französische Regierung habe dem deutschen Außenministerium am letzten Freitag eine energische Protestnote gegen den Verkauf französischer Waren in Deutschland überreicht lassen.
Falls diese Meldung sich bestätigt, so muß man in diesem Pariser Protest einen Ersatz für das Bekreditt sehen, mit dem Frankreich das interalliierte Zwangsorgan im Rheinlande ausgestattet wissen wollte.

Ablauf der Anmeldefrist im Ausgleichsverfahren.

Vom Reichsausgleichsamt wird uns mitgeteilt: Am 30. September d. J. läuft endgültig die letzte Anmeldefrist für Forderungsbeiträge im Ausgleichsverfahren ab. Ausgleichspflichtige Forderungen, die bis dahin nicht angemeldet sind, verfallen nach den Bestimmungen des Ausgleichsgerichtes unabweisbar dem Reich, ganz abgesehen davon, daß diejenigen, die die Anmeldung unterlassen, sich auch noch der Gefahr einer Bestrafung aussetzen.

Deutsches Reich.

Das Deutsche Reich Army und die Jugendbewegung. Die Tagung der deutschen Jugendverbände in Eintracht verlief unter lebhafter Beteiligung der größten Konfessions- und interkonfessionellen Jugendorganisationen aller Richtungen, deren Gesamtmitgliedschaft auf weit über eineinhalb Millionen geschätzt wird. Den Vorherrscher Dr. Hertha Stiermering. Besonders eindrudsvoll war die harte Beteiligung der arbeitenden Jugend innerhalb der reinen Arbeiterjugendverbände, wie auch der Konfessionellen. Das Deutsche Reich Army gab am Schluß der Tagung den Plan bekannt, durch ein von den Mitgliedern aller angeführten Jugendverbände öffentliches Preisausstellungsgewinnens geeignete Vorläge zur Förderung der deutschen Jugendverbände zu ermitteln und deren Fortschritt der fünf besten Antworten im nächsten Frühjahr eine mehrbändige Reise durch Deutschland zu ermöglichen eines Sozialhygienikers vom Reich Army zu ermöglichen, um mit den maßgebenden Jugendverbänden persönliche Sprechung zu nehmen und die Frage der Beteiligung Jugendlicher an sozialhygienischen Aufgaben zu erörtern.

Der Reichspräsident als Filmreklame.

Uns wird geschrieben:

Propaganda und Reklame, das sind Begriffe, die beim Film doppeltes Gewicht haben. Bei der großen Masse von Filmerzzeugnissen, mit denen allwöchentlich die unüberschaubare Gemeinde von Filmproduzenten den rasch überfüllten Markt bedient, will die Kunst des Loswerdens noch geschickter gehandhabt sein als in jeder anderen Branche. Der großen Durchsichtsprüfung stellt es an lebendigen Qualifikationsmomenten. Nicht die Qualität, sondern was auf den Markt kommt, kann hier das Rennen schlagen. Den Erfolg erlangen wird die Art, mit der Qualitätsloses auf den Markt gebracht wird. Darum ist im Grunde genommen genau wert wert als die Filmbilder die Reklame-idee. Gelegentlich, aus denen man einen Film fertigen kann und aus denen ein halbwegs geschickter Regisseur auf ohne die Mitarbeit eines besonderen Filmautors die üblichen Kunstleistungen erstellt, laufen zu tausenden in der Welt herum. Was davon, die einen Film populär machen, noch die recht geboren ist, die sind selten.

Da man nun (wieviel schon beim Film im Reiche des Trübs ist, nimmt man auch bei der Filmreklame seine Zuflucht zum Kunstgriff. Mit welcher ausgefallenen Reklame-tricks haben grübelige Filmproduzenten nicht schon die taumelnde Mittelwelt bedacht! Da werden Luftschiff-ingenieur und Preisausstreicher an den Haaren herbeigezogen, ganze Geste werden veranlaßt, die Namen und Zuge eines Films dem Publikum geläufig machen sollen und mangelnd noch geschickter, ohne in seinen heiligen Propagandabegriffen dem oberflächigen Beschauer offenkundig zu werden.

Zu den raffiniertesten Reklamestricks gehört es, mit dem populär zu machenden Film niemand anders, in Verbindung zu bringen als den Reichspräsidenten. Der Reichspräsident ist auch in einer Republik, der ranghöchste Mann im Staate. Selbst die Staatsrechtler, die in einem Preislaute von Rangunterschieden nichts mehr wissen wollen, müssen zugucken, daß zum mindesten im Bewußtsein der breiten Massen die Person des Reichspräsidenten eine gewisse Ausnahmestellung einnimmt. Der Träger dieser Würde kann nichts tun und nichts lassen, was nicht die ungewiegerten Wäute der großen Öffentlichkeit auf sich zieht. Was bei dem gewöhnlichen Sterblichen kaum mehr ist als ein allfälliger Vorgang, trägt bei ihm ohne daß umstände der Charakter der Sensation. Es ist klar, daß der Filmproduzent keine bessere Reklame für sein Erzeugnis machen kann, als daß er es mit dem Reichspräsidenten in Verbindung bringt. Aber wo?

Die Frage ist nicht so leicht, wie es den ersten Anschein hat. Man schied dem Reichspräsidenten eine geschickte abgefeimte Einladung zur Aufführung des Films. Kommt er nicht selbst, so entsendet er wenigstens aus Höflichkeit einen offiziellen Vertreter, dessen man dann überall umständlich Erwähnung tun kann. Vielfach indessen erhebt er selbst. Warum soll gerade der Reichspräsident nicht gerne ins Kino gehen? Wird dann von der Filmmfirma nur das Nötige dafür getan, daß man weit genug von dem Ereignis Kenntnis erhält, so ist alles erledigt. „Ist das nicht so leicht wie man sich, wenn man den Film zur Aufführung gelangen — ist das nicht der Film, den sich die Götter angesehen hat? Doch uns schleunigst hingehen, an dem muß etwas besonderes sein.“ Natürlich ist etwas besonderes an dem Film, sonst hätte doch unter den hunderten von Filmen, die neu entstehen, sich eine Persönlichkeit wie der Reichspräsident nicht gerade diesen einen angesehen. Aber das Besondere ihm beliebe nicht die Qualitäten des Filmes selbst, vielmehr lediglich die Geschicklichkeit und zum meist auch die Beziehungen des Filmproduzenten, mit dem er dazu es ihm möglich wird, den schweren Apparat der höchsten Staatswürde für sein unheilsames Filmbühnen in Bewegung zu setzen.

Noch geschickter ist es natürlich, wenn der Name des Reichspräsidenten bereits mit dem entstehenden Film in Verbindung gebracht wird. Dann läßt sich der ganze Fall mit Leichtigkeit zu einem Staatsereignis von besonderer Bedeutung stemmen, aus dessen Schatten sich unaufdringlich aber desto fester die Namen der Filmmfirma und ihres jüngsten Gebildes in die Aufmerksamkeit und das Gedächtnis der unbefangenen Menge, Publikum, zu verankern. So ein Bericht bewegt sich dann am besten auch gleich in dem offiziellen Tone eines Staatsbulletins. Der Herr Reichspräsident besuchte am geirigen Tage das Aufnahmegeräte der Filmgesellschaft Maner & Co. Der Herr Reichspräsident befinden sich in Begleitung der Staatssekretäre Dr. A., Dr. B. und Dr. C. Der Herr Reichspräsident wurden empfangen von dem Vorstehenden der Firma Maner & Co. Friedrich Wilhelm Theodor Maner sowie von dem Prokuristen der Firma Emil Friedrich Wilhelm Sönlge. Der Herr Reichspräsident haben sich nach teilnahmehafter Beschäftigung des großen Filmes, der sie für diesen Tag selbstgeleitete Aufnahmen an. Der Herr Reichspräsident äußerten sich sehr befriedigt über die Höhe des in dem entstehenden Film bereits investierten Kapitals und die Zahl der Volksgenossen, die hier Arbeit und Brot finden“ usw. Nicht zu vergessen die Uebergriff: „Reichspräsident Ebert bei der Filmgesellschaft Maner & Co.“

Wenn das nicht zieht, dann zieht beim Film eben überhaupt nichts mehr. Das Unerwünschte ist nur, daß der Träger der Präsidentenwürde seinen Namen so ohne weiteres zu flammend herbeigek. Es ist gewiß eine große Tugend für den Präsidenten eines Staates, wenn er sich für alles interessiert, was sich im verfassungsmäßigen Leben eines Volkes abspielt. Aber man sollte in der Umgebung des Präsidenten Vorkerkungen dafür treffen, daß dieses Interesse nicht von geschäftstüchtigen Unternehmern für die Propaganda irgend eines mehr oder minder gleichgültigen Einzelzweckes mißbraucht wird. Eine beratende Zergliederung der höchsten Staatswürde mit den Geschäftsinteressen vertrieben ist ungesund, gibt Anlaß zu Mißverständnissen und gehört zu den Dingen eines Staatsbesides, die durchaus unerträglich sind. So darf man hoffen, daß der Herr Reichspräsident zum letzten Male im Aufnahmegeräte der Filmgesellschaft Maner & Co. weilten.

Provinzial-Nachrichten.

Mühlentelben, 24. Sept. (Kuffenhererregender Warte). Die hiesige Tochter Hanna des Dohndorfer Weibes Dr. Müller, wurde am Mittwoch vermisst, als sie den Rautenrunder nicht beschauen wollte, in der Nähe des Marktes von einem etwa 20jährigen jungen Manne entführt und zum Mischen ausgefordert. Als sich das Mädchen weigerte, mußte sie der Würde in einen Zustand der Misshandlung ver-